LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/2331

A18

unternehmer nrw

STELLUNGNAHME

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

29.01.2025

Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 5. Februar 2025 zum Antrag der Fraktion der FDP „Die schwarz-grüne Halbzeitbilanz ist vor allem eine wirtschaftspolitische Schadensbilanz – Wirtschafts- und Strukturkrise in Nordrhein-Westfalen – Jetzt NRW-Agenda für Wachstum und Fortschritt beschließen (Drucksache 18/11598)

Vorbemerkung

Nordrhein-Westfalen kann die großen Herausforderungen unserer Zeit nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft bewältigen. Dafür sind eine gelebte Willkommenskultur, breite Akzeptanz für Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze sowie eine wirtschaftsfreundliche Grundhaltung unerlässlich. Unternehmen benötigen verlässliche Rahmenbedingungen und optimale Voraussetzungen – hier ist die Landespolitik gefordert, konsequent zu handeln.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes muss ins Zentrum der politischen Agenda rücken. Dazu gehören insbesondere eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, deutlich beschleunigte Genehmigungsverfahren, wesentlich weniger Bürokratie und massive Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Es gilt, Unternehmen am Standort zu halten und sie zu motivieren, hier in die Zukunft zu investieren, damit sichere Arbeitsplätze und Wohlstand bewahrt und weiterentwickelt werden können.

Der Antrag der FDP-Landtagsfraktion greift wichtige der von unternehmer nrw im Rahmen der Halbzeit-Pressekonferenz vom 17. Oktober 2024 in der Landespressekonferenz vorgetragene Punkte auf und ergänzt diese um weitere Vorschläge. Wesentliche Inhalte des Antrags wären bei Beschluss und Umsetzung geeignet, eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen zu entfalten.

Uerdinger Str. 58-62 40474 Düsseldorf Telefon 0211 4573-0 info@unternehmer.nrw www.unternehmer.nrw

Jetzt handeln für die Wettbewerbsfähigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen ist akut gefährdet. Dringend benötigte Maßnahmen zur Stabilisierung und Stärkung von Industrie und Wirtschaft dürfen nicht länger aufgeschoben werden. Die Landespolitik und die gesamte Landesregierung müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und entschlossen handeln, um den Kurs hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit zu korrigieren.

Da auf Bundesebene weitreichende Entscheidungen vermutlich erst im Sommer oder Herbst nach der Bundestagswahl und den Koalitionsverhandlungen getroffen werden, liegt es umso mehr in der Hand Nordrhein-Westfalens, landespolitische Maßnahmen schnell und konsequent umzusetzen. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein massives Umsetzungsdefizit auf allen politischen Ebenen.

Klarer Kurs für die zweite Halbzeit

Die Landesregierung trat ihr Amt im Sommer 2022 inmitten zahlreicher Krisen an – von den Auswirkungen der Corona-Pandemie bis zu den wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs. Ihr Umgang mit diesen Herausforderungen war professionell und lösungsorientiert. Mit ihrem Koalitionsvertrag haben sich CDU und Grüne ambitionierte Ziele gesteckt, um NRW zu einem innovativen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort sowie zum ersten klimaneutralen Industrieland Europas zu entwickeln. Der Dialog mit der Wirtschaft ist eng und konstruktiv. Zu begrüßen ist, dass die Wirtschaft von zusätzlichen und sachfremden Belastungen verschont geblieben ist.

Aus Sicht der Wirtschaft muss der Schwerpunkt in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode jedoch klar auf der Stärkung und Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit liegen. Essenzielle Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, wie die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, müssen mit deutlich mehr Nachdruck umgesetzt werden. Die nächsten Monate erfordern Pragmatismus und Entschlossenheit, denn die wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen lässt keinen weiteren Aufschub zu. Ziel muss sein, dass Nordrhein-Westfalen am Ende der Legislaturperiode wirtschaftlich stärker und wettbewerbsfähiger dasteht als heute.

Insbesondere sollten aus Sicht der Landesvereinigung in der zweiten Halbzeit folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

Bürokratie runter und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Überbordende Bürokratie und viel zu lange Verfahren haben sich zu einem handfesten Standortnachteil entwickelt. Ein Großteil der Unternehmen nennt Bürokratie und überlange Verfahren als besonders großes Hemmnis für

Investitionen und ein Festhalten am Standort. Die Landesregierung hat vieles selbst in der Hand und sollte daher folgende Maßnahmen mit besonderer Priorität und Entschlossenheit angehen:

Verfahren drastisch und auf allen Ebenen beschleunigen

Für eine erfolgreiche Transformation muss NRW Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Schnelle und einfache Abläufe sind entscheidend, damit Unternehmen und Verwaltung ihre Ziele effizient erreichen können. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Beschleunigung auf allen Ebenen ist bislang ausgeblieben und sollte daher mit höchster Priorität umgesetzt werden.

Konsequente 1:1-Umsetzung

NRW braucht eine konsequente und pragmatische Umsetzung von Bundes- und EU-Recht auf Landesebene. Gesetze, Verordnungen und Erlasse sollten ohne unnötige Abweichungen umgesetzt werden, damit NRW zum Vorreiter im Vergleich der Bundesländer wird.

„One in, one out"-Prinzip wirksam gestalten und etablieren

Für jede neue Regelung, die Unternehmen belastet, muss eine gleichwertige Entlastung geschaffen werden, die direkt bei den Betrieben spürbar wird. So wird Bürokratie effektiv begrenzt.

NRW-Sonderwege abschaffen

Beim Naturschutz ist mehr Augenmaß gefragt. Zusätzliche Vorkaufs-, Klage- und Beteiligungsrechte für Naturschutzverbände bremsen Investitionen und sollten daher abgeschafft werden.

Überflüssige Berichtspflichten streichen

Berichtspflichten, die Unternehmen und Verwaltungen unverhältnismäßig belasten, müssen konsequent reduziert werden. Die Landesregierung sollte die Vorschläge der Wirtschaft ernsthaft prüfen und zügig umsetzen.

Durchbrüche bei der Digitalisierung für Unternehmen und Verwaltung

Digitalisierung bedeutet mehr als die 1:1-Übertragung analoger Prozesse. Stattdessen sollten die Abläufe grundlegend neu organisiert werden, um echte Entlastungen für Unternehmen und Behörden zu schaffen.

Mittelstand stärken

Das Mittelstandsförderungsgesetz sollte schnell überarbeitet und die Clearingstelle Mittelstand institutionell gestärkt werden, um den Mittelstand in NRW nachhaltig von bürokratischen Belastungen zu befreien.

Voraussetzungen für klimaneutrales Industrieland schaffen

Die Wirtschaft bekennt sich seit Jahren zum Pariser Klimaschutzabkommen. Mit innovativen Produktionsweisen und Produkten leisten die Unternehmen in NRW einen herausragenden Beitrag für den Weg zur Einhaltung der vereinbarten

Klimaschutzziele. Die Politik muss ihrerseits die Weichen so stellen, dass politische Ziele mit den Unternehmen erreicht werden. Hierzu brauchen wir:

Flächenbedarfe anpassen

Die Planung von Flächen muss anpassungsfähig und bedarfsgerecht erfolgen, um ausreichend Raum für die Transformation bereitzustellen. NRW sollte vermeiden, dass Industrie- und Gewerbegebiete mit dem Ausbau erneuerbarer Energien in Konkurrenz treten.

Transformationsflächen schaffen

Die Landesregierung sollte landesweit baureife Großflächen entwickeln, Nachnutzungen erleichtern und den Flächenausgleich effizienter gestalten. Dies sollte im Rahmen der dritten Änderung des Landesentwicklungsplans geschehen, um Transparenz über verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen in allen Regionen zu schaffen.

Transformation unterstützen

Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen für die Transformation der Energiewirtschaft und Industrie verbessert werden. NRW.Energy4Climate sollte dabei als zentraler Dienstleister für die Wirtschaft fungieren.

Strukturwandel beschleunigen

Das Rheinische Revier soll als Industriestandort erhalten bleiben und sich zu einer Energieregion der Zukunft entwickeln. Die Fördermittel für den Strukturwandel müssen schneller und gezielter in die Region fließen.

Altflächen effizient revitalisieren

Ehemalige Industriestandorte sollten durch vereinfachte Verfahren und gezielte Förderprogramme zügig in moderne Industrieflächen umgewandelt werden.

Sichere Energieversorgung und zukunftsfähige Infrastruktur

Versorgungssicherheit zu jeder Sekunde und Bezahlbarkeit von Energie ist wesentliche Grundvoraussetzung für die Industrie in NRW. In den kommenden Monaten müssen wichtige Zukunftsentscheidungen zur künftigen Energieversorgung getroffen werden. Eine leistungsfähige und verlässliche Infrastruktur ist für unser Bundesland als Drehscheibe in Europa unerlässlich. Folgende Maßnahmen sind hierfür besonders wichtig:

Energiepreise wettbewerbsfähig gestalten

Unsere Industrie ist auf international konkurrenzfähige Energiepreise angewiesen. Um dauerhafte Produktionsverlagerungen ins Ausland und Arbeitsplatzverluste in Deutschland zu vermeiden, muss das Land beim Bund weiterhin mit Nachdruck für Entlastungen eintreten. Besonders wichtig ist dabei eine spürbare Reduzierung der Netzentgelte.

Energie- und Wärmestrategie konsequent umsetzen

Das zukünftige Energiesystem in NRW muss erfolgreich etabliert werden. Die überarbeitete Energie- und Wärmestrategie soll durch konkrete Maßnahmen und verbindliche jährliche Meilensteine realisiert und kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Wasserstoffinfrastruktur ausbauen

Für ein zukunftssicheres Energiesystem sollte NRW die Planung und den Bau einer flächendeckenden Wasserstoffinfrastruktur vorantreiben. Dies umfasst auch den Aufbau grenzüberschreitender Pipelinekorridore.

Verkehrspolitik mit mehr Dynamik gestalten

Die Verkehrspolitik in NRW benötigt neue Impulse. Das Prinzip „Erhalt vor Ausbau" darf keine Blockade für eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Infrastruktur darstellen, vor allem an kritischen Verkehrsknotenpunkten.

Priorität auf Brückensanierung legen

Die Sanierung von Brücken entlang der Schwerlastrouten hat höchste Priorität. Umsetzung und Monitoring sollten auf höchster politischer Ebene begleitet werden. Wo möglich, sollte der modulare Brückenbau als schneller und klimafreundlicher Standard etabliert werden.

Straßeninfrastruktur modernisieren

Angesichts des hohen Sanierungsbedarfs dürfen keine Bundesmittel für Bundesstraßen ungenutzt bleiben. Gleichzeitig ist eine Aufstockung der Landesmittel für den Neubau von Landesstraßen trotz angespannter Haushaltslage notwendig. Eine regelmäßige Berichterstattung im Verkehrsausschuss sollte Transparenz über mögliche Verzögerungen bei Planung und Ausschreibung schaffen.

Vom Schlusslicht an die Spitze beim Straßenbau

Die Auftragseingänge im Straßenbau in NRW gingen von Januar bis Oktober 2024 um rd. 9 % zurück, während sie in Deutschland um durchschnittlich 7 % anstiegen. Die Haushaltsmittel für den Landesstraßenbau wurden seit 2021 nicht erhöht, während die Kosten im Straßenbau in diesem Zeitraum um fast 40 % gestiegen sind. Diese Entwicklung muss dringend korrigiert und umgekehrt werden.

Schienenverkehr stärken

NRW sollte sich bei der Deutschen Bahn für eine frühzeitigere Einbindung in das Baustellenmanagement, den Erhalt des Einzelwagenverkehrs und die durchgehende Anbindung von Industriegleisen einsetzen, um den Schienenverkehr als verlässlichen Partner der Industrie zu optimieren.

Wasserwege modernisieren

Die Engpässe entlang des Rheins sowie das westdeutsche Kanalnetz müssen modernisiert werden. Hierbei müssen den politischen Ankündigungen endlich konkrete Maßnahmen folgen.

Rohstoffversorgung gewährleisten

Um die Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen – insbesondere für Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur – ist eine stärkere Absicherung von Abbaugebieten erforderlich.